

Zeitschrift „Deutsche Rentenversicherung“, Ausgabe 1/2014

Inhaltszusammenfassungen der Beiträge

Beitrag 1

Soziale Menschenrechte im europäischen und deutschen Recht – Bedeutung für die aktuelle Alterssicherungspolitik in Europa?

von: Professor Dr. Dr. h. c. Eberhard Eichenhofer, Jena

„La justice d'aujourd'hui, c'est la charité d'hier“ – die Sozialpolitik von heute ist die Barmherzigkeit und Nächstenliebe von gestern. Alle heutige Sozialpolitik vollzieht sich durch Recht, denn sie schafft individuelle Rechtsansprüche. Die heute im Arbeits- und Sozialrecht niedergelegte Sozialpolitik bildet somit einen maßgebenden Teil des heutigen Rechts. Entsprechen ihren Rechtsansprüchen jedoch auch Menschenrechte? Diese Frage ist in der Rechtswissenschaft weltweit umstritten. Seit 1948 sind die Rechte auf Arbeit, Sozialfürsorge und soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung und Wohnung in der AEMR, dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, der Europäischen Sozialcharta und in der Grundrechte-Charta der EU niedergelegt. Auch manche Verfassung manchen Nationalstaats sieht sie vor. Sie heißen „Menschenrechte der zweiten Generation“ und werden den bürgerlichen und politischen – „Menschenrechten der ersten Generation“ – und den ökologischen „Menschenrechten der dritten Generation“ gegenübergestellt. Alle Menschenrechte sämtlicher Generationen sind weltweit zu achten und zu schützen. Soziale Menschenrechte gelten aber vielen Juristen wenig, nicht wenigen sind sie suspekt; gegen sie werden daher weltweit prinzipielle – in Deutschland „dogmatisch“ genannte – Bedenken erhoben. Daher soll folgenden Fragen nachgegangen werden: Was leisten soziale Menschenrechte für die Sozialpolitik (I)? Wie ist deren Verhältnis zur Gesetzgebung zu bestimmen (II)? Sind sie erzwingbar (III)? Und wie stehen sie zu den übrigen Menschenrechten (IV)? Und was folgt daraus schließlich für die aktuelle Rentenpolitik in Europa (V)?

Beitrag 2

FNA-Forschungspreis 2013

Demografie von Migranten in Deutschland

von: Dr. Martin Kohls, Nürnberg

Die Integration der nach Deutschland zugewanderten Migranten stellt eine der bedeutenden gesellschaftlichen Entwicklungen dar. Um Herausforderungen und Auswirkungen abschätzen zu können, sind fundierte Erkenntnisse zum Bestand und Struktur sowie zum demografischen Verhalten von Migranten von großer Bedeutung, gerade für Träger der Sozialversicherungen. In dieser Arbeit wurden Forschungslücken zum demografischen Verhalten von Migranten in Deutschland geschlossen und tiefere Zusammenhänge erforscht. Dabei wurden bisher unterausgewertete Datenquellen, zum Beispiel aus der Deutschen Rentenversicherung, herangezogen.

Beitrag 3

Fragen der Bundestagsabgeordneten zur Alterssicherungspolitik der Bundesregierung

von: Ulrich Bieber und Dr. Michael Stegmann

Die in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags festgeschriebenen Informations- und Kontrollverfahren werden von den Oppositionsparteien oft genutzt, um die renten- und alterssicherungspolitischen Ansätze der Bundesregierung zu hinterfragen und die eigenen Vorstellungen darzustellen oder weiterzuentwickeln. Dieser Beitrag beschreibt, welche parlamentarischen Verfahren es gibt und wie sie eingesetzt werden. Er wertet dazu Daten aus, die durch eine Abfrage des Dokumentations- und Informationssystems des Deutschen Bundestags (DIP) nach relevanten Suchbegriffen gewonnen wurden. Der Zeitraum der Untersuchung erstreckt sich vom November 2005 bis September 2013 und umfasst damit die sechzehnte und siebzehnte Legislaturperiode. Im Ergebnis zeigt sich der Trend eines zunehmenden Informationsbedürfnisses der Abgeordneten zur Renten- und Alterssicherungspolitik der Bundesregierung. Abgeordnete und Fraktion der Partei DIE LINKE nutzen dabei das Fragerecht am stärksten. Das Interesse richtet sich insgesamt vor allem auf Aspekte der zusätzlichen Altersvorsorge. Bezogen auf die fünf einbezogenen Parteien ergeben sich teilweise auch andere thematische Schwerpunktsetzungen, wenn die Betrachtung auf die Anzahl der Vorgänge abstellt. Die höhere Bedeutung Kleiner und Großer Anfragen macht eine gesonderte Betrachtung notwendig. Berücksichtigt man, dass Kleine und Große Anfragen eine größere öffentliche Aufmerksamkeit entfalten als Mündliche und Schriftliche Fragen, rücken auch die Themen Altersarmut sowie Besonderheiten in den neuen Ländern in den Fokus. Für eine weitergehende Betrachtung der parlamentarischen Tätigkeit im Politikfeld Rente und Alterssicherung ergeben sich eine Reihe von Forschungsperspektiven, die es noch auszuleuchten gilt – wozu der Beitrag ermuntert.